Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft mbH

FRÜHWIRT
beraten unternehmen steuern

Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017

BfG

Jahresabschluss

Eigentümer/ -innen- und
Verwaltungsgenossenschaft eG
Holding, Crowdfunding und Akademiebetrieb
Mödlingerstraße 3
2352 Gumpoldskirchen

Wien 1/23 246/5715
Team 21

A 3100 St. Pölten | Messestraße 8 | Tel +43 (0) 2742/28523 | Fax +43 (0) 2742/28523 500 | office@fruehwirt.at | www.fruehwirt.at
ATU 44754501 | Firmenbuch St. Pölten | FN 167181f | WT-Code: 801931 | DVR: 4001755

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemein **1**

1.1 Aufstellung, Auftrag, Weitergabe und Erstellungsbericht 1

1.2 Rechtliche Verhältnisse 3

1.3 Wirtschaftliche Verhältnisse 4

1.4 Steuerliche Verhältnisse 5

1.5 Offenlegung Firmenbuch 6

1.6 Aufbewahrungspflicht und Datensicherung 6

2. Erläuterung zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung **7**

2.1 Erläuterungen zu den Aktiv-Posten der Bilanz 7

2.2 Erläuterungen zu den Passiv-Posten der Bilanz 10

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung 13

3. Bericht gem. § 22 Abs. 2 GenG **17**

3.1 Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens 17

3.2 Entwicklung des Mitgliederstandes 19

3.3 Entwicklung der Geschäftsanteile und der darauf entfallenden Haftsummen und geleisteten Beträge 19

3.4 Erfüllung des Genossenschaftszwecks 20

4. Kennzahlen gemäß Unternehmensreorganisationsgesetz **21**

5. Anlagen **23**

Bilanz zum 31. Dezember 2017 24

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017 26

Zugangsliste 27

Steuererklärung und Übermittlung 28

Vollständigkeitserklärung

1. Allgemein

1.1 Aufstellung, Auftrag, Weitergabe und Erstellungsbericht

1.1.1 Pflicht zur Aufstellung eines Jahresabschlusses

Gem. § 22 GenG hat der Vorstand einer Genossenschaft in den ersten fünf Monaten eines jeden Geschäftsjahres einen Abschluss zu erstellen.

Der Vorstand der Genossenschaft hat sich auf Basis der Satzung dazu entschlossen, seinen Verpflichtungen im Wege der freiwilligen Anwendung der unternehmensrechtlichen Rechnungslegungsbestimmungen des 3 Buches des Unternehmensgesetzbuches nachzukommen. Ein Anhang wird nicht erstellt.

DieseVerpflichtungen treffen den Vorstand als gesetzliche Vertreter der BfG Eigentümer/ -innen- und Verw.Genossenschaft eG (im weiteren Auftraggeberin), die zwecks deren Erfüllung uns, die Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH. (im weiteren Auftragnehmerin) mit der Erstellung des Jahresabschlusses beauftragt hat.

Die Auftraggeberin ist für die rechtzeitige Aufstellung des Jahresabschlusses und dessen Vollständigkeit und Richtigkeit verantwortlich. Das Aufstellen des Jahresabschlusses stellt einen Akt der Geschäftsführung dar. Die zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichteten Personen haben auch über die ordnungsmäßige Ausübung von Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechten sowie Ermessensentscheidungen zu entscheiden und den Jahresabschluss zu unterzeichnen.

1.1.2 Auftrag und Auftragsdurchführung

Die Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH wurde beauftragt, den Jahresabschluss für die Firma BfG Eigentümer/ -innen- und Verw.Genossenschaft eG zum 31. Dezember 2017 bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu erstellen und die Steuererklärungen abzufassen.

Wir werden in Bezug auf den Abschluss keine Prüfungshandlungen bzw Bestätigungsleistungen durchführen, die bei einer Abschlussprüfung oder prüferischen Durchsicht bzw bei sonstigen Prüfungen oder vereinbarten Untersuchungshandlungen vorzunehmen wären. Demzufolge geben wir keine Zusicherung (Bestätigung) zum Abschluss. Es erfolgt von uns keine Prüfung der überlassenen Unterlagen und erteilten Auskünfte. Die Aufdeckung von Fehlern, rechtswidrigem Verhalten oder anderen Unregelmäßigkeiten ist nicht Gegenstand unseres Erstellungsauftrags.

Die Erstellung des Abschlusses durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H. umfasst sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der Buchführung, des Inventars und/oder sonstiger für die Erstellung des Abschlusses relevanter Informationen den Abschluss zu entwickeln.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Aufstellung des Inventars, die Einrichtung eines internen Kontrollsystems und das Führen von angemessenen Aufzeichnungen der Buchhaltung liegen in der Verantwortlichkeit der Auftraggeberin. Diese ist sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die unterschriebene Vollständigkeitserklärung, die von uns zu den Akten genommen wird.

1.1.3 Erstellungsbericht

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 "Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen" durchgeführt.

Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die Währung Euro. Gegebenenfalls erfolgt die Angabe in tausend Euro.

1.1.4 Allgemeine Auftragsbedingungen AAB

Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) herausgegeben von der Kammer Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) in der Fassung vom 18.04.2018. Diese sind auf unserer Website http://www.fruehwirt.at oder auf den Seiten der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer http://www.ksw.or.at/ abrufbar.

1.1.5 Weitergabe an Dritte

Dieser Erstellungsbericht richtet sich an die gesetzlichen Vertreter der Auftraggeberin und wurde lediglich im Interesse der Auftraggeberin erstellt. Er richtet sich insbesondere nicht an bestimmte Dritte und wurde nicht im Interesse eines bestimmten Dritten erstellt.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen. Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 8. der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KWT enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

Werden wir mit der Weitergabe des Erstellungsberichts an Dritte beauftragt, so gelten ebenfalls die haftungsbeschränkenden Bestimmungen.

1.2 Rechtliche Verhältnisse

Firma:	BfG Eigentümer/ -innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG
Rechtsform:	Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft
Sitz:	Gumpoldskirchen
Firmenbuch:	Wiener Neustadt
Firmenbuchnummer:	420093i
Gegenstand des Unternehmens:	Holding, Beteiligungsverwaltung, Crowdfunding, Akademiebetrieb
Geschäftsjahr:	1. Jänner 2017 bis 31. Dezember 2017
Gründungsdatum:	18.12.2014 (Eintragung im Firmenbuch)
Aufsichtsrat:	Es ist ein Aufsichtsrat eingerichtet.
Revisionsverband:	Die Genossenschaft ist von der Verbandspflicht befreit.
Satzung:	Genossenschaftsvertrag vom 30.04.2014 Neufassung des Genossenschaftsvertrages in der Versammlung am 01.08.2014 Neufassung in der ao Generalversammlung am 1.10.2016 Neufassung in der ao Generalversammlung am 20.1.2018

<u>Vorstand</u>

Mag. Peter Zimmerl, vertritt seit 25.02.2016, gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied oder einer/einem Prokuristin/Prokuristen

DI Friedrich Fessler, vertritt seit 01.10.2016, gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied oder einer/einem Prokuristin/Prokuristen

1.3 Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanzsumme zum Abschlussstichtag	1.901.949,33
Umsatzerlöse	15.419,78
durchschnittliche Arbeitnehmeranzahl	19,17

Größenklassen nach § 221 Abs. 1 bis 3 UGB (BGBl I 2015/22):

Firmenbuchnummer	Firmenbuchgericht	Beginn und Ende des	
420093i	Wiener Neustadt	01.01.2017	31.12.2017

	klein	**mittelgroß**	**groß**
Einordnung im Geschäftsjahr	x		

Bilanzsumme zum Abschlussstichtag

	≤ 5,0 Mio	≤20,0 Mio	>20,0 Mio
Geschäftsjahr	x		
unmittelbar vorangegangenes Geschäftsjahr	x		
zweites vorangegangenes Geschäftsjahr	x		

Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag

	≤ 10,0 Mio	≤ 40,0 Mio	> 40,0 Mio
Geschäftsjahr	x		
unmittelbar vorange-gangenes Geschäftsjahr	x		
zweites vorangegangenes Geschäftsjahr	x		

durchschnittliche Arbeitnehmerzahl im Geschäftsjahr

	bis 50	50 bis 250	über 250
Geschäftsjahr	x		
unmittelbar vorangegangenes Geschäftsjahr	x		
zweites vorangegangenes Geschäftsjahr	x		

1.4 Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt:	Wien 1/23
Steuernummer:	246/5715
UID-Nummer:	ATU69345602

Verlustvorträge

Verlustvorträge aus dem Jahr	ausgleichsfähig gem. § 18 (6) EStG
2014	72,20
2015	511.559,55
2016	878.296,76
Summe	1.389.928,51
Verbrauch/Zuführung im laufenden Geschäftsjahr	1.032.770,02
verbleibender Verlustvortrag für Folgejahre	2.422.698,53

Alle Verlustvorträge sind unbegrenzt vortragsfähig. Die 75%ige Verrechnungsgrenze gilt für alle Verlustvorträge.

Steuerliche Auswirkungen des Jahresabschlusses

Die errechneten steuerlichen Auswirkungen des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 müssen sich mit den vom Finanzamt bescheidmäßig festgesetzten Gutschriften bzw. Nachzahlungen decken.

Körperschaftsteuer	Guthaben	560,00
Umsatzsteuer	Nachzahlung	1.724,18

Der Vorsteuerabzug der Rechnungen (Weiterverrechnung Lohnkosten) von der Zahlungsdienstleistungs AG aus dem Jahr 2017 wurden wieder korrigiert. Hier erfolgt nun keine Optierung zur Umsatzsteuer.

Für Nachzahlungen bei der Umsatzsteuer wird vom Finanzamt automatisch ein 2%iger Säumniszuschlag verhängt.

1.5 Offenlegung Firmenbuch

Genossenschaften, die zumindest als mittelgroß gelten, sind zur Offenlegung des Jahresabschlusses verpflichtet (vgl § 22 Abs 6 Genossenschaftsgesetz). Als mittelgroß gelten Genossenschaften welche mindestens zwei der in § 221 Abs. 1 UGB bezeichneten Merkmale überschreiten

Die BfG Eigentümer/ -innen- und Verw.Genossenschaft eG unterliegt als kleine Genossenschaft **keiner Offenlegungsverpflichtung** mit bestimmten Daten der Bilanz beim zuständigen Firmenbuch.

1.6 Aufbewahrungspflicht und Datensicherung

Wir verweisen an dieser Stelle auf gesetzlichen Bestimmungen zur zumindest siebenjährigen Aufbewahrungsfrist von Unterlagen, insbesondere auf §§ 132 BAO, 11 (2) UStG und 212 UGB, wobei auch längere Aufbewahrungsfristen wie etwa § 18 (10) UStG zum Tragen kommen können. Die Aufbewahrungsverpflichtung trifft den Auftraggeber und umfasst auch diesen Erstellungsbericht und alle Unterlagen, die im Rahmen einer Außenprüfung durch das Finanzamt eingesehen oder angefordert werden dürfen bzw. sich sonst aus zivil- oder gesellschaftsrechtlichen Vorschriften oder anderen Rechtsvorschriften ergeben.

Für die Dauer der Mandatsbeziehung sichern wir Ihnen zu, die in unseren System erfassten Daten der letzten sieben Geschäftsjahre in Kopie vorrätig zu behalten. Für Originalbelege oder Kopien davon gilt dies jedoch nur im Falle gesonderter Vereinbarung. Für einen längeren als einen Siebenjahreszeitraum können wir aus technischen Gründen eine Aufbewahrung nicht zusichern. Eine Datenbereitstellung erfolgt auf Basis unserer vereinbarten allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe. Erlischt das Vollmachts- und Auftragsvertragsverhältnis, endet damit auch jegliche vertragliche Verpflichtung zur Bereithaltung oder Bereitstellung von Daten.

Datenschutz

Überdies sind wir nach Datenschutzgrundverordnung DSG-VO zum Schutz personenbezogener Daten verpflichtet. Wir bemühen uns um größtmögliche Transparenz und beschreiben in Form unserer online verfügbaren Datenschutzerklärung möglichst verständlich, wie wir als Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH personenbezogene Daten verarbeiten.

2. Erläuterung zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

2.1 Erläuterungen zu den Aktiv-Posten der Bilanz

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	2017	2016
Geringwertige Wirtschaftsgüter	573,00	1.384,00
Büromaschinen, EDV-Anlagen	434,00	0,00
	1.007,00	1.384,00

II. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

	2017	2016
Anteile an verbundenen Unternehmen	370.000,00	0,00
	370.000,00	0,00

Anteile an verbundenen Unternehmen

Anteile an Zahlungsdienstleistungen AG in Gründung (100%)	500.000,00
Wertberichtigung § 204 UGB	130.000,00-
	370.000,00

Summe Anlagevermögen		**371.007,00**
	Vorjahr:	1.384,00

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	2017	2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29,00	0,00
	29,00	0,00

2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände

	2017	2016
Verrechnungskonto Finanzamt	11.618,68	19.848,45
Kautionen	7.956,00	7.956,00
Verrechnung Umsatzsteuer Zahllast	5.369,35	11.484,29
Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen	1.300,00	66,72
Forderungen gg. FA Körperschaftsteuer	560,00	697,00
	26.804,03	40.052,46

Kautionen

Kaution Büro Rechte Wienzeile 81	7.956,00
	7.956,00

Verrechnung Umsatzsteuer Zahllast

U 12/2017 Gutschrift	7.093,53
U 2017 Restbetrag Zahllast	1.724,18-
	5.369,35

Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen

Guthaben Lieferant Itronic Harald Leitner Serverablöse Rest 4/12 (325,-- pro Monat)	1.300,00
	1.300,00

II. Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten

	2017	2016
Volkskreditbank AT31 1860 0000 1935 0222	500.173,27	499.990,00
GLS Bank 1193171600	300.000,00	0,00
Raiba Kitzbühl AT41 3626 3000 0513 6684	246.615,05	500.811,05
Raiba Lech/A. AT35 3744 9000 2003 4815	246.262,06	500.794,57
Dornbirner SPK AT482060200000364281	98.932,33	0,00
Dornbirner SPK AT73 2060 2000 0029 8356	60.232,84	50.048,91
Dornbirner SPK AT79 2060 2000 0033 7824	19.102,22	194.861,57
Dornbirner SPK AT38 2060 2000 0491 8611	14.103,92	14.101,81
Dornbirner SPK AT57 2060 2000 0601 7958	10.385,75	300.349,13
Kassa	4.857,97	2.352,26
Dornbirner SPK AT392060200000365510	2.642,86	0,00
Handkasse Regionalgruppe Innsbruck	114,91	114,91
Dornbirner SPK AT942060200004129672	6,00	0,00
	1.503.429,18	2.063.424,21

Summe Umlaufvermögen **1.530.262,21**

Vorjahr: 2.103.476,67

C. Rechnungsabgrenzungsposten

1. sonstige Rechnungsabgrenzungen

	2017	2016
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	680,12	8.449,29
	680,12	8.449,29

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Roland Rechtsschutzversicherung 1.1.-15.7.17	680,12
	680,12

Summe Aktiva **1.901.949,33**

Vorjahr: 2.113.309,96

2.2 Erläuterungen zu den Passiv-Posten der Bilanz

A. Genossenschaftskapital

I. Nennkapital (Grundkapital)

- davon Nennkapital
  eingezahlt
  Euro 4.230.400,00
  (Euro 3.336.700,00)

	2017	2016
Nennkapital (Grundkapital)	4.230.400,00	3.336.700,00
	4.230.400,00	3.336.700,00

Das ausgewiesene Genossenschaftskapital entspricht dem Stand des Genossenschaftsregisters.

II. Bilanzverlust

- davon Verlustvortrag
  Euro -1.389.929,46
  (Euro -511.632,44)

	2017	2016
Bilanzverlust	-2.534.128,14	-1.389.929,46
	-2.534.128,14	-1.389.929,46

Summe Genossenschaftskapital		**1.696.271,86**
	Vorjahr:	1.946.770,54

B. Rückstellungen

1. sonstige Rückstellungen

	2017	2016
Rückstellung Jahresabschluss, Beratung	23.000,00	3.000,00
Rückstellung für Urlaubsansprüche	14.810,27	21.060,51
Rückstellung für geleistete Überstunden	12.157,33	21.692,11
Sonstige Rückstellungen	0,00	2.080,00
	49.967,60	47.832,62

Rückstellung Jahresabschluss, Beratung

Erstellung Jahresabschluss 2017	5.000,00
Durchführung Prüfung 2016 und 2017	18.000,00
	23.000,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 31.613,41 (Euro 68.235,79)

	2017	2016
Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen	17.861,28	56.366,44
Verbindl. a. Abgrenzung v. Lief./Leist.	13.752,13	11.869,35
	31.613,41	68.235,79

Verbindl. a. Abgrenzung v. Lief./Leist.

Rechtsanwalt Leistungen 2017	10.160,58 Euro
Itronic 2017	1.375,00 Euro
Frühwirt BH und Jahresarbeiten LV	1.353,60 Euro
sonstige	862,95 Euro
	13.752,13 Euro

2. sonstige Verbindlichkeiten

- davon aus Steuern
  Euro 1.070,29 (Euro 1.856,40)

- davon im Rahmen der
  sozialen Sicherheit
  Euro 13.129,17
  (Euro 20.114,61)

- davon mit einer Restlaufzeit
  bis zu einem Jahr
  Euro 123.596,46
  (Euro 49.471,01)

- davon mit einer Restlaufzeit
  von mehr als einem Jahr
  Euro 500,00 (Euro 1.000,00)

	2017	2016
Fremdgelder Crowdfunding	99.297,00	0,00
Verbindlichk. gg. Sozialversicherung	13.129,17	20.114,61
noch nicht aufgenommene GenossenschafterInnen	8.700,00	25.400,00
Verbindlichkeiten aus Vorjahren	1.400,00	2.100,00
Verbindlichk. gg. Gemeinde, KommSt	982,29	1.856,40
Verbindlichkeit verstorbene Gen.	500,00	1.000,00
Verbindlichk. gg.Gemeinde, U-Bahnabgabe	88,00	0,00
	124.096,46	50.471,01

Auf dem Sammelkonto "noch nicht aufgenommene GenossenschafterInnen" werden Einzahlungen als Fremdkapital ausgewiesen, für die zum Bilanzstichtag ein Aufnahmebeschluss des Vorstands nicht erfolgt ist. Die Zuordnung einer Zahlung zum Aufnahmebeschluss erfolgt im Genossenschaftsregister.

Summe Passiva **1.901.949,33**

Vorjahr: 2.113.309,96

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	2017	2016
Einnahmen Crowdfunding 20 %	8.937,08	0,00
Einnahmen Geno 20%	4.028,07	0,00
Einn. Akademieveranstaltungen 20% USt	2.353,45	3.429,12
Einnahmen Geno 10%	101,18	0,00
Einnahmen Kongresse	0,00	166,66
	15.419,78	3.595,78

2. sonstige betriebliche Erträge

a) übrige

	2017	2016
Spendeneinnahmen	2.854,67	148,00
Einnahmen Verein/HdV	0,00	14.350,92
	2.854,67	14.498,92

3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen

a) Materialaufwand

	2017	2016
Erhaltene Skonti 20% Vorsteuer	-0,07	0,00
	-0,07	0,00

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2017	2016
Fremdleistungen	156.451,38	81.906,21
Erh. Skonti Leist.-empf. 20% Vorst/USt	-1,34	0,00
	156.450,04	81.906,21

4. Personalaufwand

a) Gehälter

	2017	2016
Arbeitgeberbrutto	520.188,27	400.541,25
Veränderung Urlaubsrückstellung	-6.250,24	12.841,69
Veränderung Rückstellung Gutstunden	-9.534,78	10.723,83
	504.403,25	424.106,77

Gegenüber dem Vorjahrsbericht wurden in der Vergleichsspalte 2016 Euro 56.151,16 an Gehaltsaufwand als gesetzlicher Sozialaufwand dargestellt und auf die jeweiligen Abschlussposten verteilt.

b) soziale Aufwendungen

- davon Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen Euro 5.739,32 (Euro 5.851,44)

- davon Aufwend. für gesetzlich vorgeschrieb. Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge Euro 150.044,73 (Euro 120.888,93)

	2017	2016
Ges. Sozialaufwand	111.131,05	86.506,70
Dienstgeberbeitrag	21.292,54	18.395,76
Kommunalsteuer	15.257,63	12.271,20
Mitarbeitervorsorge	5.739,32	5.851,44
Dienstgeberzuschlag	2.077,51	1.635,27
Wiener Dienstgeberabgabe	286,00	2.080,00
	155.784,05	126.740,37

Gegenüber dem Vorjahrsbericht wurden in der Vergleichsspalte 2016 Euro 56.151,16 an Gehaltsaufwand als gesetzlicher Sozialaufwand dargestellt und auf die jeweiligen Abschlussposten verteilt.

5. Abschreibungen

a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	2017	2016
Abschreibungen auf Sachanlagen	945,26	811,42
	945,26	811,42

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017	2016
Rechts. und Steuerberatung	51.244,62	6.231,61
Büromiete incl. Betriebskosten	34.524,28	29.748,96
Div. Sachaufwand Bankplanung	20.506,23	1.576,34
Events und Pressearbeit	20.258,72	0,00
Prüfung Jahresabschluss	18.000,00	356,00
Werbung	16.552,45	10,00
Betriebsberatung	15.000,00	0,00
Reisekosten	13.388,18	2.791,45
Kapitalmarktaufwand	8.205,00	47.610,53
Verwaltungskosten	7.526,52	13.954,08
Versicherung	4.988,12	66,94
EDV und Software	4.320,59	0,00
Bankspesen incl. Onlinepayment	2.612,26	1.603,73
Vorjahresaufwand laut Kostenrechnung	0,00	161.666,05
	217.126,97	265.615,69

7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 **-1.016.435,05**
Vorjahr: -881.085,76

8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	2017	2016
Zinserträge aus Guthaben Kreditinstitut	2.240,27	2.789,00
	2.240,27	2.789,00

9. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

	2017	2016
Abschreibungen von Finanzanlagen	130.000,00	0,00
	130.000,00	0,00

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	2017	2016
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,81	0,00
	3,81	0,00

11. Zwischensumme aus Z 8 bis 10 **-127.763,54**
Vorjahr: 2.789,00

12. Ergebnis vor Steuern **-1.144.198,59**

Vorjahr: -878.296,76

13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2017	2016
Kapitalertragsteuer	560,09	697,26
Körperschaftsteuer	-560,00	-697,00
	0,09	0,26

14. Ergebnis nach Steuern **-1.144.198,68**

Vorjahr: -878.297,02

15. Jahresfehlbetrag

	2017	2016
Jahresfehlbetrag	1.144.198,68	878.297,02
	1.144.198,68	878.297,02

16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr

	2017	2016
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	1.389.929,46	511.632,44
	1.389.929,46	511.632,44

17. Bilanzverlust

	2017	2016
Bilanzverlust	2.534.128,14	1.389.929,46
	2.534.128,14	1.389.929,46

3. Bericht gem. § 22 Abs. 2 GenG

Der Vorstand einer Genossenschaft hat gem. § 22 Abs. 2 Genossenschaftsgesetz einen Bericht zu erstellen, der Angaben über den Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens, über die Entwicklung des Mitgliederstandes, der Geschäftsanteile und der darauf entfallenden Haftsummen und geleisteten Beträge enthält. Im Bericht ist auch auf die Erfüllung des Genossenschaftszwecks einzugehen.

3.1 Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Akademie für Gemeinwohl
Die Akademie für Gemeinwohl wurde 2017 deutlich ausgeweitet und professionalisiert. Es wurden Veranstaltungen im Rahmen des Akademiebetriebes zur Aus- und Weiterbildung der Mitglieder der Genossenschaft in betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Fragestellungen unter dem Blickwinkel der Förderung des gesamtgesellschaftlichen Nutzens und des Gemeinwohls durchgeführt. Ein Jahrbuch der Akademie für Gemeinwohl mit der Rückschau auf 2017 wurde aufgelegt.

Crowdfunding für Gemeinwohl
Die Plattform Crowdfunding für Gemeinwohl wurde aufgebaut und die online Präsenz mit Gemeinwohlprüfung, Projektdarstellung und Community-Verwaltung geschaffen. Insgesamt wurden bis dato 85 Projekte eingereicht und 18 Gemeinwohlprüfungen durchgeführt. Davon ist ein einziges nicht positiv bewertet worden. Von den verbleibenden 17 Projekten konnte ein Projekt (RUSZ) nicht erfolgreich finanziert werden. 10 Projekte wurden mit einem Gesamtvolumen über 250.000 € finanziert. 2 Projekte befinden sich aktuell in der Finanzierungsphase und 4 weitere Projekte sind in Vorbereitung zur Finanzierung.

Kapitalsammlung
Im abgelaufenen Berichtsjahr konnten weitere Einlagen in die Genossenschaft eingesammelt werden, die zur Aufbringung und Bereitstellung des gesetzlich und wirtschaftlich erforderlichen Anfangskapitals für die Gemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG benötigt werden. Beitrittserklärungen, die bis einschließlich 31.12.2017 unterschrieben wurden, wurden auf Basis des 2. Nachtrages zum Kapitalmarktprospekt aufgenommen. Die im Kapitalmarktprospekt angegebenen Zeit- und Mengengerüste hatten sich als nicht haltbar herausgestellt. Beitrittserklärungen ab 1.1.2018 wurden vom Vorstand nicht mehr aufgenommen und zurückgesandt. Am 1.2.2018 wurde das öffentliche Angebot zur Zeichnung eingestellt. Ab April 2018 wurde ein neues Beitrittsformular aufgelegt, damit Menschen und Organisationen die ohne unsere aktive Werbung auf uns zukommen und Mitglied werden wollen, dies auch tun können. In der ordentlichen Generalversammlung am 26.5.2018 wird ein Beitritt zu einem Revisionsverband zum Beschluss gestellt. Wenn die Mitgliedschaft der Genossenschaft in einem Revisionsverband im Firmenbuch eingetragen ist, dann greift die Ausnahme im Kapitalmarktgesetz, die uns erlaubt jährlich Genossenschaftsanteile bis zu 750.000 Euro aktiv einzusammeln und dafür ohne Kapitalmarktprospekt öffentlich ein Angebot zu legen.

Buchhaltung
Folgende Vorjahreswerte in der beiliegenden Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.1.2017 bis 31.12.2017 wurden umgegliedert:

Werte in Eur.	Buchwert 2016	angepasster Buchwert 2016
Personalaufwand (Gehälter)	480.257,93	424.106,77
Personalaufwand (soziale Aufwendungen)	70.589,21	126.740,37
Summe Personalaufwand	550.847,14	550.847,14

Gegenüber dem Vorjahrsbericht wurden in der Vergleichsspalte 2016 Euro 56.151,16 an Gehaltsaufwand als gesetzlicher Sozialaufwand dargestellt und auf die jeweiligen Abschlussposten verteilt.

Satzung
Der § 12 Abs 1 Punkt 3 der Satzung vom 1.8.2014 besagt, dass bei Nichterreichen des Unternehmenszweckes bis 31.12.2017, die Auflösung der Genossenschaft erfolgt: Der Unternehmenszweck gilt dann als nicht erreicht, wenn die zu gründende Bank für Gemeinwohl AG nicht bis 31.12.2017 in das Firmenbuch eingetragen wurde.

Am 1.10.2016 wurden in der Generalversammlung Satzungsänderungen beschlossen, die unter anderem die Frist in § 12 auf den 31.12.2021 verlängert hat und das Kriterium der Nichterreichung des Unternehmenszwecks wie folgt definiert hat:
Die Auflösung der Genossenschaft erfolgt bei Nichterreichen des Unternehmenszweckes bis 31.12.2021. Der Unternehmenszweck gilt dann als nicht erreicht, wenn nicht zumindest ein mehrheitlich von der BfG Genossenschaft gehaltenes Tochterunternehmen, das Finanzdienstleistungen erbringen soll, bis 31.12.2021 in das Firmenbuch eingetragen wurde oder die BfG Genossenschaft sich nicht bis zum 31.12.2021 mehrheitlich an einem solchen Unternehmen beteiligt hat.

Das Firmenbuchgericht hat den Vorstand am 15.1.2018 per Strafandrohung zur Auflösung der Genossenschaft aufgefordert, da die Satzung vom 1.8.2014 dies so vorsah. Dadurch wurde bekannt, dass die Satzungsänderung vom 1.10.2016 nicht gesondert dem Firmenbuchgericht zur Eintragung mitgeteilt und daher nie für Dritte rechtswirksam wurde.

Die Nachmeldung der Satzungsänderung vom 1.10.2016 am 17.1.2018 brachte keine Lösung, wie der Vorstand vier Wochen später von der Firmenbuchrichterin erfuhr. Es bedurfte eines expliziten Beschlusses der Generalversammlung über die Fortsetzung der Genossenschaft.
Die sodann angesetzte außerordentliche Generalversammlung am 20.3.2018 hat die Fortsetzung der Genossenschaft, im Sinne der Satzungsänderung vom 1.10.2016 beschlossen. Die Eintragung der Neufassung der Satzung vom 20.1.2018 und des Fortsetzungsbeschlusses erfolgte am 21.4.2018 durch das Firmenbuchgericht.

Zahlungsinstitut
Am 22.4.2017 stimmte die Generalversammlung der Empfehlung des Vorstands zu, die GLS Bank als strategischen Partner an der zu gründenden Aktiengesellschaft (Zahlungsinstitut) als Minderheitsaktionär zu beteiligen.

Am 25.4.2017 gründete die Genossenschaft eine 100% Tochter die Gemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG. Als deren Vorstände wurden Mag. Peter Zimmerl und DI Frederik Schorr bestellt. Zu den drei Aufsichtsräten wurde Markus Stegfellner (Vorsitzender), DI Fritz Fessler (Stellvertreter) und Mag Christian Pomper bestellt. Das Grundkapital beträgt 2 Million worauf die Genossenschaft den Mindestanteil von 25% sohin 500.000 € eingezahlt hat. Mit der GLS Gemeinschaftsbank eG aus Bochum wurde eine Aktionärsvereinbarung geschlossen, dass sie 20% minus 1 Aktie, das sind 3.999 Stück, der Genossenschaft um 399.900€ abkauft, sobald die AG im Firmenbuch eingetragen ist. Die Eintragung der AG im Firmenbuch erfolgt erst nach Konzessionserteilung durch die Finanzmarktaufsicht (FMA). Am 6.9.2017 wurde der GLS Bank Vorstand Dirk Kannacher zum vierten Aufsichtsrat bestellt.

Am 13.9.2017 stellte die Gemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG den Konzessionsantrag nach dem Zahlungsdienstleistungsgesetz (ZaDiG) bei der FMA. Nachdem bis 13.12.2017 also innerhalb der gesetzlichen Frist laut ZaDiG von 3 Monaten keine Antwort eintraf, hat die AG am 18.12.2017 eine Säumnisbeschwerde bei der FMA eingebracht. Am 21.12.2017 traf ein umfassender Verbesserungsauftrag der FMA ein. Für dessen Beantwortung setzte die FMA der AG eine 8 Wochen Frist. Am 18.1.2018 hat die FMA freiwillig den Akt an das Bundesverwaltungsgericht übergeben. Die umfassende Verbesserung des Antrages und Beantwortung aller 227 Fragen wurde durch die AG am 12.2.2018 fristgerecht beim Bundesverwaltungsgericht eingebracht. Am 19.4.2018 hat das Bundesverwaltungsgericht die Säumnisbeschwerde der AG wegen Verletzung der Entscheidungspflicht der Finanzmarktaufsichtsbehörde betreffend den am 13.09.2017 gestellten Antrag auf Erteilung einer Konzession als Zahlungsinstitut als unzulässig zurückgewiesen. Somit liegt das Verfahren wieder bei der FMA. Da die Antwortfrist von 3 Monaten auf den verbesserten Antrag am 12.5.2018 ohne Antwort der FMA verstrichen ist, hat die AG eine weitere Säumnisbeschwerde am 15.5.2018 bei der FMA eingebracht. Bis zum heutigen Tage liegt noch keine Antwort auf den verbesserten Antrag vom 12.2.2018 oder Reaktion auf die Säumnisbeschwerde vom 15.5.2018 vor.

Alternative zur eigenen Konzession
Es ist nicht absehbar wie lange sich das Verfahren zur Konzessionserteilung durch die FMA insgesamt hinzieht und ob die AG überhaupt eine Konzession nach ZaDiG von der FMA erteilt bekommt. Um für den Fall des negativen Ausgangs des Behördenverfahrens gerüstet zu sein, wurde in der außerordentliche Generalversammlung am 20.1.2018 dem Vorstand ein Mandat für Verhandlung mit der GLS Gemeinschaftsbank eG erteilt, mit dem Ziel einer österreichischen GLS Niederlassung, die unter der Marke „Bank für Gemeinwohl" Girokonten, Sparbücher, Kredite und weitere Bankprodukte anbietet. Die Gespräche mit der GLS Bank sind in einem äußerst positiven Klima, intensiv und konstruktiv angelaufen. Beim strategischen Meeting am 17. und 18.4.2018 in Bochum mit dem gesamten Vorstand der GLS Bank einerseits und dem gesamten Vorstand der Genossenschaft, sowie zwei Vertretern des Aufsichtsrates der Genossenschaft, stellte die GLS Bank klar, dass sie nicht unter der Marke Bank für Gemeinwohl sondern nur unter ihrer eigenen Marke GLS Bank in Österreich eine Niederlassung eröffnen würde. Somit wurden die weiteren gemeinsamen Workshops ausgesetzt, bis der Vorstand mit einem anderen Verhandlungsmandat wieder auf die GLS zukommt. Ob die GLS Gemeinschaftsbank eG für sich einen tragfähigen Businessplan nach einer allfällig Wiederaufnahme der Verhandlungen – die durch einen Generalversammlungsbeschluss in der BfG Genossenschaft legitimiert sein müssen – für ihr Österreichgeschäft findet ist noch offen und stellt ebenso wie der Ausgang des FMA Konzessionsverfahren ein Risiko dar, das derzeit nicht einschätzbar ist. In der Genossenschaft wird derzeit an weiteren Alternativen gearbeitet, die in einer kommenden außerordentlichen Generalversammlung zur Abstimmung gebracht werden sollen.

Im worst case, wenn keine der Alternativen Aussicht auf Erfolg hat und die Genossenschaft nach einem Beschluss der Generalversammlung sich und die Gemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG liquidiert, werden die verbleibenden liquiden Mittel an die Genossenschaftsmitglieder anteilig zurückgezahlt. Zum 31.12.2017 verfügte die Genossenschaft und die AG zusammengerechnet über liquide Mittel in der Höhe von 1,83 Mio €. Laut Liquiditätsplan 2018/19 ist die Fortführung und Zahlungsfähigkeit der Genossenschaft und der AG bis mindestens Ende 2019 gesichert.

3.2 Entwicklung des Mitgliederstandes

Mitgliederstand per 31.12.2016: 4577 Mitglieder
Mitgliederstand per 31.12.2017: 5948 Mitglieder

Der Mitgliederstand ist um 1.371 Mitglieder gestiegen.

3.3 Entwicklung der Geschäftsanteile und der darauf entfallenden Haftsummen und geleisteten Beträge

Gezeichnete Genossenschaftsanteile per 31.12.2016: € 3.336.700,00
Gezeichnete Genossenschaftsanteile per 31.12.2017: € 4.230.400,00

Der Betrag der gezeichneten Genossenschaftanteile ist um € 893.700,00 gestiegen.

Gem. Genossenschaftsvertrag vom 30.04.2014, neugefasst in der Versammlung am 01.08.2014 beträgt ein Geschäftsanteil € 100,00 und haftet jeder Genossenschafter mit seinem Geschäftsanteil und dem 1-fachen seines Geschäftsanteiles. Neu eintretende Mitglieder haben mindestens zwei Geschäftsanteile zu zeichnen und sind berechtigt höchstens 1.000 Geschäftsanteile zu zeichnen.

3.4 Erfüllung des Genossenschaftszwecks

Dem Genossenschaftszweck des § 2 der Satzung konnte im Geschäftsjahr 2017 wie folgt Rechnung getragen werden:

Die Mitglieder der Genossenschaft haben das erweiterte Angebot der Akademie für Gemeinwohl gut angenommen. Es wurden Veranstaltungen im Rahmen des Akademiebetriebes zur Aus- und Weiterbildung der Mitglieder der Genossenschaft in betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Fragestellungen unter dem Blickwinkel der Förderung des gesamtgesellschaftlichen Nutzens und des Gemeinwohls durchgeführt.

Über die 2017 gestartete Plattform Crowdfunding für Gemeinwohl wurden und werden ausschließlich Genossenschaftsmitglieder mit ausgewählten gemeinwohlgeprüften Projekten durch Finanzierungen über unsere Community wirtschaftlich gefördert.

Die Tochter Gemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG konnte mangels erteilter Konzession der FMA noch nicht für die Genossenschaftsmitglieder tätig werden.

Gumpoldskirchen, am 16.5.2018

BfG Eigentümer/ -innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG

4. Kennzahlen gemäß Unternehmensreorganisationsgesetz

Berechnung der Eigenmittelquote nach § 23 URG

		2017	2016
	Eigenmittelquote	**89,2 Prozent**	**92,1 Prozent**
	Bereinigtes Eigenkapital	1.696.271,86	1.946.770,54
/	Bereinigtes Gesamtkapital	1.901.949,33	2.113.309,96
	Eigenkapital	1.696.271,86	1.946.770,54
+	unversteuerte Rücklagen	0,00	0,00
	Bereinigtes Eigenkapital	1.696.271,86	1.946.770,54
	Gesamtkapital	1.901.949,33	2.113.309,96
-	erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0,00
	Bereinigtes Gesamtkapital	1.901.949,33	2.113.309,96

Berechnung der fiktiven Schuldentilgungsdauer nach § 24 URG

		2017	2016
	Fiktive Schuldentilgungsdauer	**0,0 Jahre**	**0,0 Jahre**
	Fremdkapital	-1.503.429,18	-2.063.424,21
/	Mittelüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.013.253,42	-877.485,60
	Rückstellungen	-	-
+	Verbindlichkeiten	-	-
-	sonstige Wertpapiere und Anteile		
-	Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	- 1.503.429,18	- 2.063.424,21
-	erhaltene Anzahlungen auf Vorräte		
	Fremdkapital	**- 1.503.429,18**	**- 2.063.424,21**
	Ergebnis vor Steuern	- 1.144.198,59	- 878.296,76
-	Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 0,09	- 0,26
+	Abschreibungen auf das Anlagevermögen	130.945,26	811,42
+	Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen		
-	Zuschreibungen zum Anlagevermögen		
-	Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen		
+/	Veränderung von langfristigen Rückstellungen		
	Mittelüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**- 1.013.253,42**	**- 877.485,60**

Es liegt aufgrund des Guthabenstands auf den Bankkonten kein Fremdkapital im Sinne des URG vor (negativer mathematischer Wert). Alle Schulden können sofort beglichen werden.

Unternehmensreorganisation

Die Möglichkeit der Reorganisation ist eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführte Maßnahme zur Verbesserung der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage eines im Bestand gefährdeten Unternehmens, die dessen nachhaltige Weiterführung ermöglicht.

Ziel ist eine auf Dauer angelegte Überwindung der Krise des Unternehmens.

Der Reorganisationsbedarf wird seitens der Literatur derzeit bei einer Eigenmittelquote von weniger als 8 % und einer fiktiven Schuldentilgungsdauer von mehr als 15 Jahren vermutet.

Wie die Berechnung der Kennzahlen gemäß dem URG zeigt, liegt in diesem Fall die Eigenmittelquote und die fiktive Schuldentilgungsdauer nicht im kritischen Bereich.

5. Anlagen

BILANZ zum 31. Dezember 2017

AKTIVA

	31.12.2017 Euro	%	31.12.2016 Euro	%
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	**1.007,00**	0,05	1.384,00	0,07
II. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	**370.000,00**	19,45	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	**371.007,00**	19,51	1.384,00	0,07
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	26.804,03	1,41	40.052,46	1,90
	26.833,03	1,41	40.052,46	1,90
II. Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	**1.503.429,18**	79,05	2.063.424,21	97,64
Summe Umlaufvermögen	**1.530.262,21**	80,46	2.103.476,67	99,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. sonstige Rechnungsabgrenzungen	**680,12**	0,04	8.449,29	0,40
	1.901.949,33	100,00	2.113.309,96	100,00

BILANZ zum 31. Dezember 2017

PASSIVA

	31.12.2017 Euro	%	31.12.2016 Euro	%
A. Genossenschaftskapital				
I. Nennkapital (Grundkapital) - davon Nennkapital eingezahlt Euro 4.230.400,00 (Euro 3.336.700,00)	**4.230.400,00**	222,42	3.336.700,00	157,89
II. Bilanzverlust - davon Verlustvortrag Euro -1.389.929,46 (Euro -511.632,44)	**2.534.128,14-**	133,24	1.389.929,46-	65,77
Summe Genossenschaftskapital	**1.696.271,86**	89,19	1.946.770,54	92,12
B. Rückstellungen				
1. sonstige Rückstellungen	**49.967,60**	2,63	47.832,62	2,26
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 31.613,41 (Euro 68.235,79)	31.613,41	1,66	68.235,79	3,23
2. sonstige Verbindlichkeiten	124.096,46	6,52	50.471,01	2,39
	155.709,87	8,19	118.706,80	5,62
- davon aus Steuern Euro 1.070,29 (Euro 1.856,40) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 13.129,17 (Euro 20.114,61) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 123.596,46 (Euro 49.471,01) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 500,00 (Euro 1.000,00)				
	1.901.949,33	100,00	2.113.309,96	100,00

Gumpoldskirchen, am 16.5.2018

BfG Eigentümer -innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

	31.12.2017 Euro	%	31.12.2016 Euro	%
1. Umsatzerlöse	**15.419,78**	100,00	3.595,78	100,00
2. sonstige betriebliche Erträge				
übrige	**2.854,67**	18,51	14.498,92	403,22
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen				
a) Materialaufwand	0,07-	0,00	0,00	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	156.450,04	1.014,61	81.906,21	2.277,84
	156.449,97	1.014,61	81.906,21	2.277,84
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	504.403,25	3.271,14	424.106,77	11.794,57
b) soziale Aufwendungen	155.784,05	1.010,29	126.740,37	3.524,70
	660.187,30	4.281,43	550.847,14	15.319,27
- davon Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen Euro 5.739,32 (Euro 5.851,44)				
- davon Aufwend. für gesetzlich vorgeschrieb. Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge Euro 150.044,73 (Euro 120.888,93)				
5. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	**945,26**	6,13	811,42	22,57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	**217.126,97**	1.408,11	265.615,69	7.386,87
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6	**1.016.435,05-**	6.591,76	881.085,76-	24.503,33
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**2.240,27**	14,53	2.789,00	77,56
9. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens	**130.000,00**	843,07	0,00	0,00
- davon Abschreibungen Euro 130.000,00 (Euro 0,00)				
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**3,81**	0,02	0,00	0,00
11. Zwischensumme aus Z 8 bis 10	**127.763,54-**	828,57	2.789,00	77,56
12. Ergebnis vor Steuern	**1.144.198,59-**	7.420,33	878.296,76-	24.425,76
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**0,09**	0,00	0,26	0,01
14. Ergebnis nach Steuern	**1.144.198,68-**	7.420,33	878.297,02-	24.425,77
15. Jahresfehlbetrag	**1.144.198,68**	7.420,33	878.297,02	24.425,77
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	**1.389.929,46**	9.013,94	511.632,44	14.228,69
17. Bilanzverlust	**2.534.128,14**	16.434,27	1.389.929,46	38.654,46

Gegenüber dem Vorjahrsbericht wurden in der Vergleichsspalte 2016 Euro 56.151,16 an Gehaltsaufwand als gesetzlicher Sozialaufwand dargestellt und auf die jeweiligen Abschlussposten verteilt.

Zugangsliste vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

Konto	Bezeichnung	Zugang zu AHK Euro
6200	Büromaschinen, EDV-Anlagen	543,64
6800	Geringwertige Wirtschaftsgüter	24,62
8000	Anteile an verbundenen Unternehmen	500.000,00
Summe		**500.568,26**

Konto / Inventar	Bezeichnung / Inventarbezeichnung	AHK 01.01.2017 Euro	Zugang zu AHK Euro	Zugangsdatum	Buchungstext / Eingabebetrag (Kurs)	ND JJ/MM
6200	**Büromaschinen, EDV-Anlagen**					
6200001	Dell Rechner 8GB RAM		543,64	27.01.2017	Dell Rechner 8GB RAM	05/00
Summe	**Büromaschinen, EDV-Anlagen**		**543,64**			

Konto / Inventar	Bezeichnung / Inventarbezeichnung	AHK 01.01.2017 Euro	Zugang zu AHK Euro	Zugangsdatum	Buchungstext / Eingabebetrag (Kurs)	ND JJ/MM
6800	**Geringwertige Wirtschaftsgüter**					
6800003	GWG 2017		24,62	10.01.2017	HDMI Kabel	01/00
Summe	**Geringwertige Wirtschaftsgüter**		**24,62**			

Konto / Inventar	Bezeichnung / Inventarbezeichnung	AHK 01.01.2017 Euro	Zugang zu AHK Euro	Zugangsdatum	Buchungstext / Eingabebetrag (Kurs)	ND JJ/MM
8000	**Anteile an verbundenen Unternehmen**					
8000001	Beteiligung Zahlungsinstitut		250.000,00	11.07.2017	_ BERWEISUNGGemeinwohl Zahlungsdienstleistungen AG_berw	
			250.000,00	07.07.2017	Überweisung an Zahlungsdienstleistungen AG	
Summe	**Anteile an verbundenen Unternehmen**		**500.000,00**			

BfG
Eigentümer/ -innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG
Holding, Crowdfunding und Akademiebetrieb
Mödlingerstraße 3
2352 Gumpoldskirchen

Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft mbH
Messestraße 8
3100 St. Pölten

10308

Kenntnisnahme/Auftrag der Übermittlung von Daten
des Jahresabschlusses zum 31.12.2017

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, dass folgende Steuererklärungen an das **Finanzamt** elektronisch mittels Finanzonline übermittelt werden. Die Unterlagen, die per Post an das Finanzamt durch uns übermittelt werden, sind auf der Folgeseite dieses Erstellungsberichtes dargestellt. Die gesamte Übermittlung erfolgt durch die Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH

Finanzamt/Steuernummer: Wien 1/23, 9 246/5715

Die Bemessungsgrundlagen der Steuererklärungen bzw. einzelne Positionen aus dem Jahresabschluss sind:

Körperschaftsteuer	Gesamtbetrag der Einkünfte	K1	-1.032.770,02
Umsatzsteuer	Gutschrift (KZ 095)	U1	-45.790,77

Summe Aktiva	1.901.949,33
Summe Passiva	1.901.949,33
Genossenschaftskapital	1.696.271,86
Jahresfehlbetrag	1.144.198,68
Bilanzverlust	2.534.128,14

Die ausgedruckten Steuererklärungen liegen samt den jeweiligen Steuerberechnungen dem Erstellungsbericht des Abschlusses bei (Mandantenexemplar).

Gumpoldskirchen, am 16.5.2018

BfG Eigentümer/ -innen- und Verw.Genossenschaft eG

Diese Seite des Erstellungsberichtes wird nach Unterfertigung des Mandanten gemeinsam mit der unterfertigten Bilanz gescannt in unserem elektronischen Akt archiviert.

Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft mbH

FRÜHWIRT
beraten unternehmen steuern

Finanzamt

Wien 1/23

St. Pölten, am

Beilagen zu den Steuererklärungen 2017

BfG
Eigentümer/ -innen- und
Verwaltungsgenossenschaft eG
Holding, Crowdfunding und Akademiebetrieb
Mödlingerstraße 3
2352 Gumpoldskirchen

Finanzamt/Steuernummer:
Wien 1/23, 9 246/5715

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir übermitteln im Namen und Auftrag des oben bezeichneten Mandanten folgende Steuererklärungen und Beilagen:

per Finanzonline:	U1, K1
per Mail:	/
per Post/per Fax:	Bilanz und Erfolgsrechnung samt Erläuterungen

Mit freundlichen Grüßen

Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft mbH

BfG
Eigentümer/ -innen- und
Verwaltungsgenossenschaft eG
Holding, Crowdfunding und Akademiebetrieb
Mödlingerstraße 3
2352 Gumpoldskirchen

An die
Frühwirt Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft mbH
Messestraße 8
3100 St. Pölten

Vollständigkeitserklärung

Diese Vollständigkeitserklärung wird in Verbindung mit dem von Ihnen erstellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 abgegeben. Durch die Erklärung bestätigen wir Ihnen, dass Sie aufgrund der von Ihnen übergebenen Unterlagen und der Ihnen gegebenen Informationen in die Lage versetzt worden sind, einen Jahresabschluss zu erstellen, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31.12.2017 und der Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 in Übereinstimmung mit dem UGB vermittelt.

Ihnen als mit der Erstellung des oben angeführten Jahresabschlusses beauftragtem Steuerberater erkläre ich/ erklären wir als zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichtete (s/r) Geschäftsführer /geschäftsführende(r) Gesellschafter/Einzelunternehmer Folgendes:

Die Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die Auskünfte, die von uns für die Erstellung des Abschlusses an Sie übermittelt wurden, wurden Ihnen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gegeben.

In den vorgelegten Büchern und Aufzeichnungen sind sämtliche Geschäftsvorfälle lückenlos und vollständig aufgezeichnet, die für das oben genannte Geschäftsjahr buchungspflichtig geworden sind.

Ich habe / Wir haben sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und -fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können.

Die Verantwortung für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Erstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften liegt bei mir / uns. Diese Verantwortung beinhaltet insbesondere grundsätzliche Entscheidungen über die Abbildung von Geschäftsvorfällen bzw. Vermögensgegenständen und Schulden im Jahresabschluss, die Auswahl und Anwendung angemessener Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

In dem von Ihnen erstellten Jahresabschluss sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögengegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht.

Ich bin / Wir sind verantwortlich für die Verhinderung und Aufdeckung von Verstößen durch Mitarbeiter und für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines geeigneten internen Kontrollsystems.

Ich bin / Wir sind verantwortlich für die Einrichtung eines angemessenen Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystems, um sicherzustellen, dass Geschäfte mit und zwischen nahestehenden Unternehmen und Personen in den Buchführungsunterlagen als solche festgehalten und entsprechend den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften offengelegt werden.

Alle für die Erstellung des Jahresabschlusses notwendigen Aufzeichnungen, Dokumentationen und Informationen, insbesondere zu den Risiken, für die Rückstellungen gebildet werden müssen, zu drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, zu bestehenden und drohenden Rechtsstreitigkeiten und sonstigen Auseinandersetzungen und zur Werthaltigkeit von Forderungen, wurden Ihnen mitgeteilt. Derartige Informationen bzw Sachverhalte können beispielsweise sein:

BfG
Eigentümer/ -innen- und
Verwaltungsgenossenschaft eG
Holding, Crowdfunding und Akademiebetrieb
Mödlingerstraße 3
2352 Gumpoldskirchen

a) Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die für die Bewertung am Abschlussstichtag von Bedeutung sind,

b) besondere Umstände, die der Fortführung des Unternehmens oder der Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entgegenstehen oder die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses wesentlich beeinflussen,

c) eine Übersicht über die Unternehmen, mit denen das Unternehmen im Geschäftsjahr oder am Abschlussstichtag verbunden war bzw mit denen im Geschäftsjahr oder am Abschlussstichtag ein Beteiligungsverhältnis bestand,

d) Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, aus Garantien und aus sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Haftungsverhältnissen,

e) Patronatserklärungen,

f) gesetzliche und vertragliche Sicherheiten für Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten), zB Pfandrechte, Sicherungseigentum und Eigentumsvorbehalte an bilanzierten Vermögensgegenständen,

g) Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände und Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände,

h) derivative Finanzinstrumente (zB fremdwährungs-, zins-, wertpapier- und indexbezogene Optionsgeschäfte und Terminkontrakte, Zins- und Währungsswaps),

i) Verträge oder sonstige rechtliche Sachverhalte, die wegen ihres Gegenstands, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens von Bedeutung sind oder werden können (zB Verträge mit Lieferanten, Abnehmern, Gesellschaftern oder verbundenen Unternehmen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Versorgungs-, Options-, Leasing- und Treuhandverträge sowie Verträge über Verpflichtungen, die aus dem Gewinn zu erfüllen sind), und

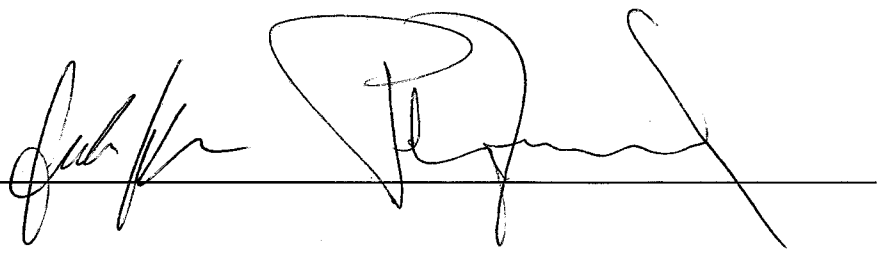
j) die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige wesentliche finanzielle Verpflichtungen (zB aus in naher Zukunft erforderlichen Großreparaturen).

Bestätigt im Namen der

BfG Eigentümer/ -innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG

vertreten durch

Mag. Peter Zimmerl
DI Friedrich Fessler

Datum: 16.5.2018

Unterschrift(en):